

**Beschluss** Demokratie braucht Beteiligung: Die sozio-ökonomische Herkunft darf nicht darüber entscheiden wer mitgestaltet und wer nicht!

Gremium: Diversitätsrat  
Beschlussdatum: 10.09.2022  
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Politische Teilhabe und Soziale Herkunft

## Antragstext

- 1 Die multiplen Krisen unserer Zeit führen uns die Ungleichheit in unserer Gesellschaft  
2 vor
- 3 Augen. Die Energiekrise trifft nicht alle gleich. Sie trifft insbesondere die  
4 alleinerziehende Mutter besonders hart, die sich Sorgen um die nächste  
5 Nebenkostenabrechnung  
6 machen muss. Sie trifft den jungen Auszubildenden, der an der Supermarktkasse die  
7 gestiegenen Preise besonders spürt. Sie trifft den migrantischen Lieferfahrer, der trotz  
8 Überstunden am Ende des Monats im Geldbeutel nichts mehr über hat. Sie trifft  
9 Menschen im  
10 Leistungsbezug, die schon vor der Krise nicht genügend Zugang zu umfassender  
11 sozio-  
12 kultureller Teilhabe hatten. Die hohen Preise können auch ältere Menschen -  
13 insbesondere  
14 ältere Frauen - belasten, wenn sie nicht über ausreichende Alterseinkommen oder  
15 hohe  
16 Rücklagen verfügen.
- 17 Diejenigen Menschen, die von Krisen und sozialen Härten besonders betroffen sind,  
18 können  
19 sich oft nicht ausreichend politisch einbringen. Doch die gleichberechtigte politische  
20 Teilhabe aller Menschen ist essenziell für die Demokratie und Gerechtigkeit in unserer  
21 Gesellschaft. Denn alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich mit ihren  
22 Perspektiven  
23 und Erfahrungen in aktuelle politische Entscheidungen einzumischen und  
24 mitzubestimmen. Erst  
25 wenn alle an politischen Prozessen teilhaben können, können wir auch sicherstellen,  
26 dass  
27 staatliches und behördliches Handeln die Interessen aller Menschen gleichermaßen im  
28 Blick  
29 hat. So sichern wir auch in Krisenzeiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das  
30 soziale  
31 Sicherungsnetz.
- 32 Doch gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischen  
33 Status ist  
34 noch nicht selbstverständlich. Noch immer entscheidet die sozio-ökonomische  
35 Herkunft  
36 darüber, welchen Bildungsabschluss Menschen erreichen, ob sie in prekär bezahlten  
37 Berufen  
38 beschäftigt sind und wie sehr sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- 39 Das Bildungssystem in Deutschland ist immer noch nicht ausreichend darauf  
40 ausgelegt, soziale

25 Ungleichheiten abzubauen und die Demokratiebildung in der Kita und der Schule zu  
fördern, um  
26 die Selbstbestimmung aller Kinder von klein auf zu stärken. Gerade in der Kita, wenn  
die  
27 Grundsteine der Bildungsbiographie gelegt werden, muss genügend Zeit und Raum  
sein, damit  
28 Kinder schon früh gestalten und sich beteiligen können. Auch die non-formale und  
informelle  
29 Bildung ist für die politische Teilhabe aller Menschen wichtig. Das Teilnehmen an  
30 Jugendfreizeiten oder Freiwilligendiensten, ermutigt junge Menschen dazu sich  
einzubringen  
31 und zeigt Wege zur politischen Wirksamkeit auf. Unser Ziel muss es daher sein, diese  
32 Angebote für alle Menschen zu öffnen, damit die Teilhabe nicht vom Geldbeutel  
abhängt.

33 Die politische Partizipation ist zwischen den sozialen Klassen dramatisch ungleich  
verteilt  
34 – und das zulasten der Menschen, die von Armut und Marginalisierung betroffen sind.  
Bei  
35 jeglicher Form politischer Beteiligung – von Wahlen über Demonstrationen bis hin zu  
36 Parteimitgliedschaften – sind Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status  
37 unterrepräsentiert.

38 Das zeigt exemplarisch auch die Diversity-Umfrage des Landesverbandes Berlin. Laut  
den  
39 Ergebnissen der 2020 durchgeführten Erhebung haben mehr als 90 Prozent der  
befragten  
40 Teilnehmer\*innen eine Hochschulreife, über 80 Prozent einen Studienabschluss, 9%  
sind  
41 promoviert oder habilitiert. Das gilt gerade auch unter BPoC\*, bei denen die  
Abschlüsse der  
42 Teilnehmer\*innen vergleichsweise noch  
43 höher sind als im Durchschnitt der Partei. Gleichzeitig zeigt die Umfrage, dass fast ein  
44 Drittel der Teilnehmer\*innen Bildungsaufsteiger\*innen sind. Hier gilt es nun noch  
besser zu  
45 werden und bestehende Expertise einzubinden.

#### 46 **Beteiligung für Alle ermöglichen**

47 Das Vielfaltsstatut von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt uns auch die Aufgabe, unsere  
Strukturen  
48 so zu gestalten, dass sie in Bezug auf die sozio-ökonomische Herkunft nicht  
ausschließend  
49 wirken. Doch noch zu oft wird diese Diskriminierungsform in der Gestaltung der  
50 diversitätssensiblen Öffnung und Weiterbildung vergessen. Wir sind davon überzeugt,  
dass  
51 eine Öffnung der Partei nur dann nachhaltig gelingen kann, wenn auch dieser  
52 Diskriminierungsmechanismus bearbeitet und entsprechende Lösungsansätze  
diskutiert werden.

53 Denn auch bei uns GRÜNEN gibt es Strukturen, die es Menschen in Armut oder mit  
nicht-  
54 akademischen Qualifizierungen erschweren bei uns anzukommen und politische

Verantwortung zu  
übernehmen.

Wer sich in der Politik ehren- oder hauptamtlich engagieren möchte benötigt dazu nicht nur die finanziellen Ressourcen, sondern auch Zeit. Wir wissen, dass die verfügbare Zeit ebenfalls durch die sozio-ökonomische Herkunft bestimmt ist. Denn wer prekär beschäftigt ist, möglicherweise mehrere Jobs gleichzeitig ausübt, hat wenige Ressourcen sich in der Freizeit bei der Kreismitgliederversammlung einzubringen. Hiervon sind insbesondere migrantisierte Menschen und Frauen betroffen, die einen großen Teil der Sorgearbeit leisten und besonders häufig in unsicheren und schlechtbezahlten Berufen tätig sind. Wir GRÜNE müssen also unter anderem Sitzungszeiten so gestalten, dass alle Menschen teilnehmen können, und neue Formate entwickeln, die eine Beteiligung erleichtern.

Politik machen sollte kein Geld kosten und wirklich für alle Menschen möglich sein. Zum Beispiel schließen auch viele Tagungsorte Menschen mit niedrigem Einkommen von der Teilnahme aus. Dort wo bei Mitgliederversammlungen Speisen und Getränke bezahlt werden müssen, werden Menschen ausgeschlossen. Dort, wo Menschen Fahrtkosten auslegen oder vielleicht sogar komplett selber tragen müssen, werden Menschen ausgeschlossen. Auch die Teilnahme an informellen Netzwerken setzt oftmals einen Konsumzwang voraus. Diese Netzwerke sind für die Parteiarbeit und die Übernahme von politischer Verantwortung essenziell und können beim Empowerment unserer Parteimitglieder eine positive Rolle einnehmen. Allerdings gilt es auch hier, ausschließende Strukturen zu erkennen und einzureißen. Menschen werden dort politisch aktiv, wo sie das Gefühl haben, sich für ihre Themen einsetzen zu können. Dies hängt oft eng mit eigenen erlebten Ungerechtigkeitserfahrungen zusammen, wie das Erleben von sozialer Ungleichheit. Als GRÜNE ist für uns klar, dass wir uns konsequent für eine gerechte Steuer-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik einsetzen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und Ungleichheiten abbaut. In der Außenwirkung unserer Partei schlägt sich das nicht immer nieder. Mit einer konsequenten Außenwirkung und starken Kampagnen können wir genau dort ansetzen. Nicht zuletzt sind auch die politische Kultur und die Art wie wir miteinander debattieren entscheidend dafür, ob Menschen sich bei uns einbringen möchten und sich bei uns

willkommen

83 fühlen. Wir wollen alle Menschen, die sich bei uns beteiligen möchten, willkommen  
heißen und  
84 dafür Sorge tragen, dass sich alle in unseren Strukturen zu Recht finden. Dies ist  
Aufgabe  
85 aller Gliederungen. Debatten und Veranstaltungen sollen so gestaltet werden, dass  
sich alle  
86 gerne an ihr beteiligen möchten und Wertschätzung erfahren. Eine bestimmte soziale  
und  
87 kulturelle Herkunft und ein entsprechendes Auftreten sollten nicht vorausgesetzt  
werden.

88 **Der Diversitätsrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschließt deshalb:**

89 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir das Thema sozio-ökonomische Herkunft und  
politische  
90 Teilhabe stärker als bisher auf die Agenda setzen. Dem Auftrag, den wir uns mit  
unserem  
91 Vielfaltsstatut gegeben haben, müssen wir auch in dieser Hinsicht nachkommen.  
92 Deshalb wird der Bundesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2023 eine  
Auftaktveranstaltung zum  
93 Thema sozio-ökonomische Herkunft und politische Teilhabe organisieren. Die  
Veranstaltung  
94 soll sowohl Parteimitglieder als auch externe Expert\*innen, Verbände und  
Zivilgesellschaft  
95 einbinden. Die Veranstaltung soll unter anderem die folgenden Themen bearbeiten:

96 • Sozio-ökonomische Herkunft und ihre intersektionalen Verflechtungen mit  
anderen  
97 Diskriminierungserfahrungen: Wer fühlt sich bei uns willkommen, wer wird  
98 ausgeschlossen?

99 • Parteiinterne Maßnahmen wie beispielsweise:

100 ◦ Senkung finanzieller Hürden

101 ◦ Sitzungsorte- und -zeiten

102 ◦ Willkommenskultur innerhalb der Partei

103 • Einbindung und Vernetzung von Menschen mit nicht-akademischen  
Bildungsabschlüssen

104 • Gestaltung der Parteikultur

105 • Formate zur Beteiligung

106 • Themensetzung in Außenwirkung, Kampagnen etc.

107 Der Bundesverband wird im Anschluss an die Veranstaltung einen Maßnahmenkatalog  
erarbeiten,

108 der den Landes- und Kreisverbänden als Hilfestellung dienen soll.

<sup>109</sup> \* Black and People of Color. **BPoC** ist eine politische Selbstbezeichnung rassistisch  
<sup>110</sup> diskriminierter Personen.